

economiesuisse

Globalisierung, WTO und Cancún

Die Sicht der Wirtschaft

1. September 2003 Nummer 31/1 4. Jahrgang

dossierpolitik

economiesuisse
Verband der Schweizer Unternehmen
Fédération des entreprises suisses
Federazione delle imprese svizzere
Swiss Business Federation

Hegibachstrasse 47
Postfach, CH-8032 Zürich
Telefon +41 1 421 35 35
Telefax +41 1 421 34 34
www.economiesuisse.ch

Ein Scheitern der WTO-Verhandlungen hätte erhebliche Konsequenzen

Galt die Globalisierung in den 70er und 80er Jahren noch als befreiende Antwort auf die stagflationäre Entwicklung, so ist die damalige Euphorie einer verbreiteten Ernüchterung und Skepsis gewichen. Dahinter steckt nicht nur ein Misstrauen gegen den „kalthertigen“ Markt, sondern auch ein fehlendes Verständnis für die globalen ökonomischen Zusammenhänge bei der Förderung von Wachstum, Beschäftigung und im Kampf gegen die weltweite Armut. economiesuisse ist überzeugt, dass weitere Liberalisierungsschritte für alle WTO-Mitglieder, Industrieländer wie Entwicklungsländer, von grossem Vorteil sind. Ein Scheitern der Verhandlungen würde die globale Handelsordnung schwächen und hätte erhebliche Konsequenzen für die wohlstandsstiftende Arbeitsteilung.

Globalisierung – verstanden als zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaftsbeziehungen – ist kein neues Phänomen. Aber die damit verbundenen Prozesse in Richtung Vereinheitlichung von Weltwirtschaft, Weltrecht, Weltöffentlichkeit usw. haben sich in der Nachkriegszeit zweifellos stark beschleunigt. Der bekannte amerikanische Ökonom Paul Krugmann hat deshalb den Beginn der modernen Globalisierung gleichgesetzt mit der Eröffnung des Suezkanals und der Union-Pacific-Eisenbahn 1869. Die Schweiz gehört zu den am stärksten in die Weltwirtschaft integrierten Ländern. Nach dem Globalisierungsindex des bekannten US-Foreign Policy Magazine, der auf die Kriterien internationaler Wirtschaftsbeziehungen (Handel, Tourismus, Direktinvestitionen und Kapitalverkehr), Technologie und Politik abstellt, liegt unser Land an zweiter Stelle hinter Irland, aber vor Schweden, Singapur und den Niederlanden.

Galt die Globalisierung in den 70er und 80er Jahren noch als die befreiende Antwort auf jene Mischung von Inflation und Stagnation, in welcher Mancur Olson die Ursache für den drohenden Niedergang von Nationen sah, so hat sich in der Zwischenzeit der Wind gedreht. Die vormalige Euphorie in Sachen Globalisierung hat einer Ernüchterung und Skepsis Platz gemacht. Nicht zuletzt unter dem Trommelwirbel von gewissen marktfeindlichen Nichtregierungsorganisationen (NGO), sekundiert von kritischen Stimmungen von kirchlichen Organisationen und linken Parteien, wird zur Attacke auf die Globalisierung geblasen.

Globalisierung als willkommenes Sündenbock

Mit dem Schreckbild einer Welt, in der angeblich nur der „ungehemmte Markt“ als herrschende Ideologie und Praxis gilt, sowie meistens falschen Behauptungen werden düstere Zukunftsvisionen an die Wand gemalt. Dabei wird geschickt ein latentes Misstrauen gegen den Markt, der

von vielen zwar als effizient, aber als kalt und herzlos betrachtet wird, ausgenützt. Dabei kümmert es die Globalisierungsgegner nicht, dass die Entwicklungsländer durch die Propagierung von nicht marktwirtschaftlichen Lösungen in ihrem Streben nach wirtschaftlicher Entwicklung und Bekämpfung von Hunger und Armut weiter zurückgeworfen werden könnten. Die Globalisierung und den damit kongruent gesetzten Neoliberalismus ideologisch zu verteufeln, gilt heute in weiten Kreisen als „politisch korrekt“. Die Globalisierung und die WTO dienen als willkommene Sündenböcke für praktisch alle Probleme dieser Welt. Sie berauben den Nationalstaat nicht nur seines Handlungsspielraums und unterminieren den sozialen Zusammenhalt, sondern führen zu Ungerechtigkeit und Moralverlust, weil angeblich nur noch Profit und Effizienz als allgemeine Massstäbe dienen. Zur Kultivierung des WTO-Feindbilds als kalte, rücksichtslose Globalisierungsmaschinerie wird neuerdings auch noch der Service public – vor allem die öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung – als letztes Reservat nationalstaatlichen Schutzes bemüht, der durch eine weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors geopfert würde. Könnte es somit sein, dass kurz nach der Jahrtausendwende der Höhepunkt der Globalisierung überschritten worden ist? Es wäre nach Henry Kissinger eine Ironie der Geschichte, wenn der gleiche Prozess, welcher der Menschheit nie gekanntem Reichtum geschaffen hat, nun auch den Mechanismus für die Verbreitung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen über die ganze Welt liefern würde.

Mit einigen dieser Vorwürfe befasst sich dieses „dossierpolitik“, weil offene Diskussion und Aufklärung gefordert ist. Dabei würde weder die rein ökonomische Argumentation dem vielschichtigen Gegenstand gerecht, noch genüge sie, um die z.T. weit überzogene Kritik an der Globalisierung zum Verstummen zu bringen. Zu erwarten, dass die Globalisierung einfach ohne Widerspruch als Schicksal akzeptiert wird, wäre unrealistisch. Denn wer

weiss schon im Voraus, ob er nicht doch zu den Verlierern der von der Globalisierung ausgelösten Prozesse gehört? Die Ängste der Menschen vor den mit der Globalisierung verbundenen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind ernst zu nehmen. Die Risiken und Gefährdungen dürfen auch nicht kleingeredet werden. Nur so wird es gelingen, bei den Menschen Verständnis und Zuversicht zu wecken, um sie von den letztlich überwiegenden wohlfahrtsfördernden Wirkungen freier weltweiter Handels- und Kapitalströme zu überzeugen.

Globalisierung und Wohlstand

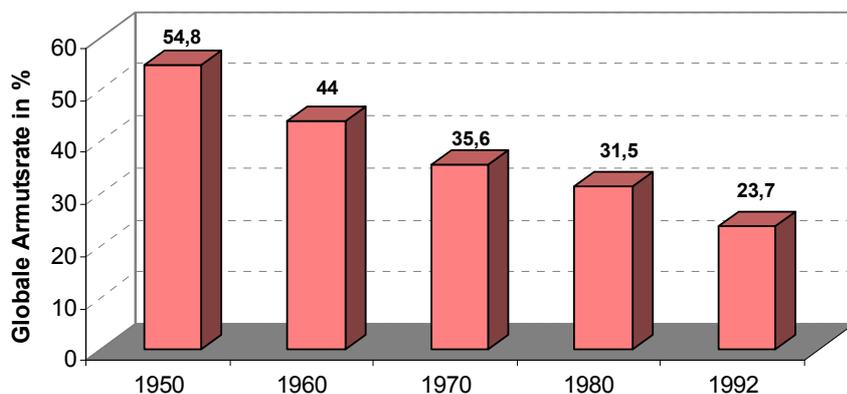
Globalisierung im Sinne der weltumspannenden Ausdehnung von Märkten und freiem Kapitalverkehr schafft nicht automatisch und gleichmässig Wohlstand für alle. So gesehen, könnte man meinen, sei Welthandel tatsächlich ein Nullsummenspiel und damit eine Frage von Gewinnern und Verlierern, wie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, Dritt-Welt-Kreise und kirchliche Vertreter immer wieder glauben machen wollen. Das Nebeneinander von Reichtum und Armut auf der Welt kann beim eiligen und oberflächlichen Betrachter zum Trugschluss verleiten, dass das eine nur auf Kosten des andern zu haben sei.

Die Globalisierung ist keine Garantie für Wachstum und Beschäftigung. Sie erweitert im Grunde genommen nur die Chancen für wirtschaftlichen Fortschritt und sozialen Aufstieg von Ländern. Wie diese Chancen genutzt werden, liegt letztlich an den einzelnen Akteuren und Ländern selbst. Blickt man auf die Weltkarte, so ist die empirische Botschaft eindeutig: Oben auf der Wohlstandsskala stehen jene Länder, die sich dem weltumspannenden Wettbewerb offensiv stellen, deren Unternehmen risikobereit

sind und die über innovationsfördernde Rahmenbedingungen verfügen. Unten sind diejenigen Länder, die sich abschotten und durch politische Instabilität, fehlende Rechtssicherheit und mangelhafte Eigentumsrechte die Chancen für wirtschaftlichen Fortschritt durch Teilhabe am globalen Wohlstandsgewinn verspielen. Dank der Globalisierung verzeichneten einige Länder aus dem Kreis der Entwicklungs- und Schwellenländer geradezu atemberaubende Fortschritte; an andern ist die wirtschaftliche Entwicklung weitgehend vorbeigegangen. Man denke in diesem Zusammenhang nur an Nord- und Südkorea. Die Gründe für die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Länder mögen im Einzelnen verschieden sein. Eines gilt jedoch immer: Globalisierung als Prozess verspricht nur dann wirtschaftlichen Fortschritt, wenn ein Land auch bereit ist, seine Strukturen den sich ändernden Weltmarktverhältnissen anzupassen. Dazu gehört auch, dass die Verlierer des Strukturwandels und die Überforderten durch richtige Anreize und Unterstützung ermuntert werden, die eigene Leistungsfähigkeit zu stärken.

Die immer wieder kolportierte Behauptung, die Globalisierung mache die Reichen reicher und die Armen ärmer, wird durch fundierte Untersuchungen von Weltbank und Währungsfonds eindeutig widerlegt. Allein schon die Aufholprozesse in China und Indien, wo insgesamt 38 Prozent der Weltbevölkerung leben, haben zu einer kräftigen Konvergenz zwischen Arm und Reich in der Weltwirtschaft geführt. Auch die absolute Armut in der Welt geht zurück; während 1970 noch 41 Prozent der Weltbevölkerung mit einem Pro-Kopf-Einkommen von zwei US-Dollar pro Tag (zu Preisen von 1985) auskommen mussten, sind es heute 19 Prozent. In einer kürzlich durchgeführten Studie der

Globale Armutsraten (in Prozent): Anzahl von Personen, die mit weniger als 1 US\$ pro Tag auskommen müssen



Quelle: Bourguignon, F./Morrison, Ch.: *Inequality among world citizens: 1820-1992*, in: *American Economic Review*, September 2002, Vol. 92, No. 4

Weltbank, in welcher die Entwicklungsländer in Globalisierer und Nichtglobalisierer unterteilt werden, wird gezeigt, dass in den 90er Jahren das Pro-Kopf-Einkommen der Globalisierer um jährlich fünf Prozent stieg, während das der Nichtglobalisierer um weniger als zwei Prozent zunahm.

Armut ist keine Entschuldigung für Rechtlosigkeit, Korruption und Misswirtschaft. Versteht man Armut im Sinne von Nobelpreisträger Amartya Sen als das Fehlen von Entwicklungschancen, so würde vor allem den zurückgebliebenen Ländern bei einer Schwächung der WTO bzw. einem Misserfolg der Bemühungen zur weiteren Vertiefung des Handels einschliesslich Agrarprodukte, Dienstleistungen und Investitionen eine wichtige Chance für die Entwicklung ihrer eigenen Bevölkerung genommen bzw. vorenthalten. Natürlich kann die Schaffung von geeigneten entwicklungsfördernden nationalen Rahmenbedingungen nicht über die WTO erfolgen. Diese zentrale Aufgabe müssen die Entwicklungsländer selbst erledigen. Sie ist aber leichter zu bewältigen, wenn man dabei eine offene Haltung gegenüber dem Weltmarkt einnimmt und versucht, die Lenkung durch den Markt mit dem Gedanken des sozialen Ausgleichs in sinnvoller Weise zu verbinden. Es ist deshalb zynisch zu glauben, die Armut liesse sich ohne technischen Fortschritt und Integration in die Weltwirtschaft besser und nachhaltiger überwinden. Die Tatsache, dass sich viele Politiker von den Protesten der Globalisierungsgegner diesbezüglich ins Boxhorn jagen lassen und nicht mehr wagen, für ein offenes, liberales Weltwirtschaftssystem Stellung zu beziehen, ist bedenklich.

Auch KMU profitieren von der Globalisierung

Die Globalisierung nützt nicht nur den grossen Unternehmen, wie häufig behauptet wird, sondern ebenso sehr

auch den KMU. Nach der Betriebszählung 2001 erwirtschafteten rund 33'000 KMU einen Teil ihres Umsatzes im Ausland. Etwa 8000 (davon über 6000 Mikrounternehmen [1 bis 9 Beschäftigte]) von ihnen haben eine Exportquote von mehr als zwei Dritteln und beinahe 6000 (davon über 4000 Mikro) von immerhin einem bis zwei Dritteln. Die restlichen rund 19'000 (davon 13'000 Mikro) exportieren weniger als einen Drittel ihrer Leistungen ins Ausland. Rund 2,2 Prozent der KMU weisen auch ausländische Beteiligungen auf. Den Grössenvorteilen der Multis stellt das KMU seine Spezialisierung entgegen, die dank grösseren und differenzierteren Märkten ungeahnte Entfaltungsmöglichkeiten vorfindet. So mischen denn die schweizerischen KMU bereits heute kräftig auf den Weltmärkten mit. Innovative KMU, die Nischen geschickt nutzen und neue Märkte erschliessen, sind nicht nur auf die Konkurrenz aus dem Ausland im Heimmarkt vorbereitet, sondern auch für den Gang über die Grenzen gewappnet. Dabei bietet ihnen das Internet als eines der Mittel der Globalisierung völlig neue Absatzchancen, indem spezialisierte Produkte und Dienstleistungen auch grenzüberschreitend angeboten werden können, ohne dass teure Repräsentanten im Ausland notwendig sind. Mehr internationale Arbeitsteilung durch Globalisierung führt nicht nur zu mehr Wahlfreiheit und Kaufkraft der Verbraucher, sie schafft auch Arbeitsplätze und damit Beschäftigung und soziale Sicherheit in einem so exportstarken Land wie der Schweiz.

Globalisierung und staatliche Souveränität

Die Globalisierung bewirkt nicht nur eine Intensivierung des Produktewettbewerbs, sondern auch des Standortwettbewerbs. Insofern engt die Globalisierung den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum eines Landes ein.

Armut in Entwicklungsländern nach Regionen

Region	Anzahl Menschen mit Einkommen unter 1 US\$ pro Tag (in Millionen)			1 US\$ pro Tag (in %)		
	1987	1990	1999	1987	1990	1999
Ostasien und Pazifik	418	486	279	26,6	30,5	15,6
Ohne China	114	110	57	23,9	24,2	10,6
Europa und Zentralasien	1	6	24	0,2	1,4	5,1
Lateinamerika und Karibik	64	48	57	15,3	11,0	11,1
Mittlerer Osten und Nordafrika	9	5	6	4,3	2,1	2,2
Südasien	474	506	488	44,9	45,0	36,6
Sub-Sahara Afrika	217	241	315	46,6	47,4	49,0
Total	1183	1292	1169	28,3	29,6	23,2
Ohne China	880	917	945	28,5	28,5	25,0

Quelle: World-Bank-Schätzungen (Global Economic Prospects 2003) zitiert nach: Fischer, Stanley: Globalization and its Challenges, in: American Economic Review, May 2003, Vol. 93, No. 2

Es ist aber nicht so, dass anstelle des politischen Souveräns nur noch das Effizienzdiktat des globalen Marktes entscheidet. Richtig ist jedoch, dass die Globalisierung und der internationale Standortwettbewerb die Handlungsbedingungen der nationalen Wirtschaftspolitik verändert haben. Die Folgen von wirtschaftspolitischen Unterlassungen und Versäumnissen sind nicht nur schneller spürbar, sondern sie verschärfen sich auch. Die vielfach geäußerte Behauptung, wonach die Globalisierung zu einem Unterbietungswettbewerb zwischen den Staaten im Bereich der Steuern („race to the bottom“) führe, so dass die öffentlichen Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden können und auch der Sozialstaat auf der Strecke bleibe, ist jedoch irrig. Das zeigt sich allein schon daran, dass heute die Staats- und Fiskalquote in praktisch allen Ländern höher liegt als noch vor 20 Jahren. Selbst für eine signifikante Verschiebung der Steuerlast vom mobilen Faktor Kapital auf den immobilen Faktor Arbeit findet sich keine empirische Evidenz. Und auch von einer Aushöhlung der sozialen Sicherheit kann keine Rede sein, gehört diese doch – neben Recht, Infrastruktur, Steuern, Humankapital usw. – zum Paket von öffentlichen Leistungen, die für die Standortwahl mobiler Industrien und Ressourcen entscheidend sind. Der Standortwettbewerb wirkt jedoch auf eine höhere Effizienz bei der Verwendung der Steuergelder zur Bereitstellung öffentlicher Güter hin. Zudem verstärkt er den Druck, Kosten zu internalisieren, d.h. sie den Benützern oder Verursachern statt dem Steuerzahler anzulasten, was zu begrüßen ist. Insgesamt zwingt die Globalisierung die staatliche Wirtschaftspolitik zu einem wachstumsfreundlicheren Mix der Ausgaben- und Steuerpolitik. Dies fördert erst recht die langfristige Prosperität einer Volkswirtschaft. Die nationalen Volkswirtschaften und Politiken können sehr wohl weiter bestehen; sie müssen nur wettbewerbsfähig sein. Von einem Souveränitätsverlust kann somit nicht gesprochen werden.

Schliesslich kann die Globalisierung auch nicht für nationale Umweltschäden verantwortlich gemacht werden. Denn für die lokalen Umwelthanliegen ist weiterhin die nationale Umweltpolitik zuständig, die durch die WTO kaum eingeschränkt wird. Die Qualität der nationalen Umweltpolitik wird in erster Linie durch die nationalen Präferenzen und nicht durch die Globalisierung bestimmt. Es kann auch nicht von einem weltumspannenden Umweltdumping gesprochen werden, denn der Löwenanteil des internationalen Handels findet zwischen Industrieländern, also Ländern mit vergleichbaren Umweltschutz- und Sozialstandards statt. Auch wären international einheitliche Umweltstandards aufgrund der beträchtlichen Knappheitsunterschiede des Produktionsfaktors „Umwelt“ nicht effizient. Hingegen drängt sich bei globalen Umweltgütern (z.B. klimarelevante Emissionen) eine Internalisierung der Kos-

ten durch multilateral verbindliche Rahmenverordnungen (z.B. Kyoto-Abkommen) auf.

Globalisierung zwingt zu Flexibilität und Anpassungsbereitschaft

„Globalisierung ist nie Gemütlichkeit“, so lautete kürzlich ein Artikel des Chefökonom der Europäischen Zentralbank, Prof. Issing, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Sie verlangt eine neue Beweglichkeit, ein Vorausdenken und ein Anpassen an sich stets verändernde Verhältnisse. Im Prozess der weltwirtschaftlichen Verflechtung findet eine ständige Neubewertung von Human- und Sachkapital statt. Den nicht mehr wettbewerbsfähigen Trägern von Produktionsfaktoren kann die Globalisierung erhebliche Anpassungskosten und damit Einkommenseinbussen aufbürden. Für die schweizerische Exportwirtschaft ist dies keine neue Erfahrung, ist sie es doch gewohnt, unter solchen Bedingungen zu operieren. Unter dem Einfluss der Globalisierung hängt der Erfolg der Exportwirtschaft immer stärker auch von den inländischen Markt- und Rahmenbedingungen ab. Die Kosten der inländischen Vorleistungen und die Qualität der nationalen Rahmenbedingungen spielen dabei eine immer wichtigere Rolle. Aus diesem Grund müssen sich auch diese Teile der schweizerischen Binnenwirtschaft den neuen Gegebenheiten anpassen.

Die Globalisierung setzt die Länder unter Anpassungsdruck, hinterfragt nationale Institutionen aller Art und stellt Besitzstände in Frage. In einer sich wandelnden Umwelt müssen sich jedoch auch gesellschaftliche Systeme anpassen, wenn sie überleben wollen. All das ist unbequem. Zudem schafft die Globalisierung auch Ungleichheit, weil der wirtschaftliche Fortschritt niemals alle Länder gleichzeitig und gleichermaßen erfasst. Von daher zu erwarten, dass Globalisierung einfach ohne Widerspruch als Schicksal akzeptiert wird, wäre unrealistisch. Wer setzt sich schon gern einem Spiel von Chancen und Risiken aus, wenn der gegenwärtige Zustand vergleichsweise behaglich und sicher erscheint?

Man kann es jedoch drehen und wenden wie man will: Auch wenn die volkswirtschaftlichen Vorteile der internationalen Arbeitsteilung niemals allen Wirtschaftseinheiten, geschweige denn zu gleichen Teilen zugute kommen, ist und bleibt der freie Handels- und Kapitalverkehr die beste Veranstaltung zur Förderung des globalen Wohlstands und Friedens. Paul Krugmann, der eingangs zitierte bekannte US-Ökonom, bringt es auf den Punkt: „Wer glaubt, die weltwirtschaftlichen Probleme durch die Verketzerung der Globalisierung lösen zu können, hat entweder keinen Verstand oder verzichtet darauf, diesen zu benützen.“ Die weltwirtschaftliche Integration kann aber für die Entwick-

lungsländer nur dann eine attraktive Option sein, wenn die reichen Industrieländer ihre Märkte öffnen. Es ist ein seltsames Verständnis von Moral und Ethik, wenn die Industrieländer die technische Elite aus den Entwicklungsländern mittels „Green Card“ usw. anheuern, gleichzeitig aber deren Produkten den Marktzugang mit fragwürdigem Protektionismus erschweren oder sogar verunmöglichen.

Auch wenn die Globalisierung den Handlungsspielraum der Politik einschränkt und damit ein neues Spannungsfeld zwischen Wirtschaft und Politik schafft, so sind der Globalisierung nach J.F. Heliwell, einem bekannten kanadischen Ökonomen, gleichsam inhärente Grenzen gesetzt. „Canadian evidence suggests that even when trade barriers are removed, trade between regions within countries is much larger than between countries. There are, therefore, natural welfare-enhancing limits to global integration and the scope for national governments to exercise independent policy is much greater than many believe.“ (Heliwell, J.F.: *Globalization and International Trade Liberalization: Continuity and Change*, 2000). Vieles deutet deshalb darauf hin, dass die Welt im Prozess der Globalisierung nicht einheitlicher wird, sondern im Rahmen des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren eine neue Vielfalt entsteht. Und dies sowohl hinsichtlich der Güter- und Dienstleistung als auch hinsichtlich der Preis-Leistungs-Pakete der nationalen Jurisdiktionen. Auch wenn die staatlichen Rahmenbedingungen der einzelnen Länder im Sog der Globalisierung einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen sind, lassen sich keine Anhaltspunkte für einen langfristigen und kontinuierlichen Prozess der Konvergenz zu einem „Einheitskapitalismus“ ausmachen.

WTO als unentbehrliche Ordnungsmacht

Die Globalisierung ist nicht das Werk von böswilligen Kapitalisten, um den Wohlfahrtsstaat zu untergraben, sondern in erster Linie das Ergebnis einer irreversiblen technologischen Entwicklung, die zu radikal sinkenden Transaktionskosten internationaler Wirtschaftstätigkeit und zu einer Umwälzung der Produktionsverhältnisse und -technologien führte. Dieser technologische Umbruchprozess wurde durch zunehmende Deregulierung und Liberalisierung begleitet. Den technischen Fortschritt rückgängig machen zu wollen, wäre ein Kampf gegen Windmühlen. Wohlstandsgewinne setzen einen verlässlichen, wachstumsgerechten Ordnungsrahmen voraus. Die Welt braucht deshalb eher mehr als weniger WTO im Sinne klarer Regeln zum Schutz vor Protektionismus, Diskriminierung, Willkür sowie einem Rückfall in strategisches Verhalten der grossen Länder. Nur so können kleine Länder, insbesondere aber die zurückgebliebenen Länder von den Früchten eines freien Welthandels profitieren. Gerade die

Schweiz ist deshalb aufgerufen, sich für eine umfassende marktwirtschaftliche Welthandelsordnung unter dem Dach einer starken WTO einzusetzen. Die Verlässlichkeit von internationalen Handelsregeln entspricht gleichsam einem öffentlichen Gut. Es ist deshalb unverständlich, dass die Globalisierungsgegner die bereits bestehenden internationalen Regelmechanismen – WTO, IMF – militant bekämpfen. Gerade wer globale Belange fördern will, sollte am bereits entwickelten institutionellen Rahmen ansetzen und weiterbauen.

Freihandel und Marktwirtschaft müssen auch in Zukunft globale Ordnungsprinzipien bleiben, weil im wirtschaftlichen Wettbewerb alle gewinnen können. Aber natürlich lassen sich auch in offenen Volkswirtschaften Knappheiten, konkurrierende Ziele, Restriktionen und Zwänge nicht durch Illusionen und noch so viel Emotionen aus der Welt schaffen. Die Alternative wäre entweder die Rückkehr zu den Machtspielen der grossen Länder bzw. der Handelsblöcke oder die Autarkie. Es liegt deshalb gerade an der Wirtschaft, gegen die falschen Propheten und Verketzer der Globalisierung aufzutreten und durch sachliche Argumente und erfolgreiches Wirtschaften zu überzeugen und Vertrauen zu schaffen. Die Globalisierung zu nutzen ist allemal gescheiter, als sie unreflektiert auf die Anklagebank zu setzen.

Handelsprotektion in Industrieländern



Die Grafik zeigt die Zölle in Prozenten des Warenwerts, welche die Industrieländer 1995 bei der Wareneinfuhr erhoben.

Die Anliegen der Schweizer Wirtschaft an Cancún

Wenn vom 10. bis 14. September 2003 in Cancún, Mexico, die 5. WTO-Ministerkonferenz stattfindet, so sind die Erwartungen hoch. Es liegt in der Natur derart komplexer Verhandlungen, die weit über den Warenverkehr des damaligen GATT hinausgehen, dass ein Interessenausgleich nicht immer einfach ist. Zudem war das internationale Handelssystem im Grunde genommen immer durch Spannungen zwischen Multilateralismus und der Souveränität des Nationalstaates gekennzeichnet. Deshalb wurde bereits an der Vorläuferkonferenz in Doha festgehalten, dass sich eine WTO-Konferenz zwischen Verhandlungsbeginn und -abschluss einer Lagebeurteilung über den Stand der Verhandlungen im Rahmen der Doha-Agenda widmet und dort neue Anstösse geben sowie Beschlüsse fassen soll. Leider konnten die in Doha gesetzten Etappenziele nicht erreicht werden, so dass die Verhandlungen in Cancún nicht gerade unter günstigen Bedingungen stattfinden. Ein Scheitern hätte für die Zukunft eines regelbasierten internationalen Handelssystems allerdings erhebliche Konsequenzen.

Die Schweizer Wirtschaft, vertreten durch economiesuisse und ihre Mitglieder, ist überzeugt, dass weitere Liberalisierungsschritte im aussenwirtschaftspolitischen Spektrum für alle WTO-Mitglieder, Industrieländer und Entwicklungsländer, von grossem Vorteil sind. Sie hat sich deshalb auch immer wieder in diesem Sinne ausgesprochen und ihre Begehren bei den zuständigen Behörden im In- und Ausland vorgetragen. Zusammen mit befreundeten Spitzenorganisationen im europäischen und weltweiten Rahmen sieht economiesuisse die Prioritäten für die laufende „Doha Development Agenda“ in vier Bereichen:

1. Erleichterter Marktzugang für industriell hergestellte Güter;
2. Weitere Liberalisierung der grenzüberschreitenden Dienstleistungen;
3. Ein Abkommen im Rahmen der WTO über Handel und Direktinvestitionen;
4. Ein Abkommen über Handelserleichterungen.

Zielsetzung dieser Welthandelsrunde muss es sein, protektionistische Gelüste in gewissen Ländern abzuwehren und im Gegenteil die Märkte weiter zu öffnen, die Entwicklungsländer besser in die Weltwirtschaft einzubeziehen sowie das Wachstum der Weltwirtschaft durch Handel und Investitionen zu fördern. Um echte Fortschritte zu erzielen, ist es unabdingbar, in Cancún die Modalitäten für Verhandlungen im Bereich der Landwirtschaft und des Marktzugangs für Industriegüter definitiv festzulegen. Ausserdem sollen neue Verhandlungen in den Bereichen

„Handelserleichterungen“, „Direktinvestitionen“, „Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen“ und „Handel und Wettbewerb“ lanciert werden. Wichtig wird auch sein, Lösungen im Bereich „Geistiges Eigentum“ und „Zugang zu Medikamenten“ für gewisse Entwicklungsländer zu finden.

Fazit

Es ist davon auszugehen, dass die Globalisierung und die damit verbundenen Prozesse weitergehen werden. Eine Abschottungsstrategie wäre deshalb von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die internationale Arbeitsteilung ist, wie Theorie und Praxis belegen, kein Nullsummenspiel, bei dem das eine Land lediglich auf Kosten eines andern einen Nutzenzuwachs erfährt, sondern vielmehr ein Positivsummenspiel. Jede Volkswirtschaft kann durch internationalen Waren- und Dienstleistungsaustausch gewinnen. Wohlstandsgewinne aus der internationalen Arbeitsteilung sind jedoch nicht zum Nulltarif zu haben. Sie setzen Bedingungen voraus, damit die Nutzen auch eintreten. Zum einen braucht es eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und stabile, wachstumsadäquate nationale Rahmenbedingungen. Zum andern braucht es aber auch auf internationaler Ebene einen weltumspannenden Ordnungsrahmen für die internationale Arbeitsteilung. Diese Rolle kann nur die WTO erfüllen. Gerade wer globale Belange – wie Bekämpfung der Armut – befördern will, sollte deshalb den bestehenden institutionellen Rahmen – neben der WTO auch die Institutionen von Bretton Woods (Weltwährungsfonds und Weltbank) – stärken und weiterentwickeln. Insofern ist es unverständlich, dass die Globalisierungsgegner militant dagegen ankämpfen.

Die Schweiz war stets ein aussenwirtschaftsorientiertes Land. Sie hat davon in hohem Masse profitiert, und zwar wirtschaftlich, gesellschaftlich und auch kulturell. Offenheit muss auch die Strategie für die Zukunft der Schweiz sein. Wer sich dem Wettbewerb als Entdeckungsverfahren stellt, hat einen grösseren Ansporn für Innovationen jeder Art. Das gilt für Unternehmen wie für den Staat als Anbieter von institutionellen Rahmenbedingungen. Der internationale Standortwettbewerb als Leistungswettbewerb macht den Nationalstaat nicht überflüssig, aber er zwingt ihn zu neuen sachgerechten Lösungen. Die nationalen Politiken können sehr wohl weiter bestehen; sie müssen nur wettbewerbsfähig sein. Für die Schweizer Wirtschaft gibt es zu einem funktionsfähigen, marktorientierten Weltwirtschaftssystem keine Alternative.

Rückfragen:

rudolf.walser@economiesuisse.ch

gregor.kuendig@economiesuisse.ch